

Kammerer Zeitung

Volkstreu und für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Anfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Wozu Preis für die Woche vom 3. Debr. bis 9. Debr.
1 Mark. Bei Abnahme von 10 Wochen 10 Mark.
Bei Abnahme von 20 Wochen 20 Mark.
Bei Abnahme von 30 Wochen 30 Mark.
Bei Abnahme von 40 Wochen 40 Mark.
Bei Abnahme von 50 Wochen 50 Mark.
Bei Abnahme von 60 Wochen 60 Mark.
Bei Abnahme von 70 Wochen 70 Mark.
Bei Abnahme von 80 Wochen 80 Mark.
Bei Abnahme von 90 Wochen 90 Mark.
Bei Abnahme von 100 Wochen 100 Mark.

Nr. 287 (1. Blatt)

Donnerstag, den 8. Dezember 1923

51. Jahrgang.

Die Not des Volkes.

Im preussischen Landtag wurde am Freitag die Aussprache über die Not des Volkes fortgesetzt. Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf tritt gestrigen Erklärungen des Abg. von der Osten über die Ursachen des Krieges entgegen. Nicht durch das Verlangen des deutschen Volkes sei der Krieg verloren worden, sondern durch die Unzulänglichkeit der militärischen und politischen Leitung, die nicht rechtzeitig Frieden zu schließen wußte. (Lärm rechts.) Die Regierung ist mit allen Kräften bemüht, der furchtbaren Not des Volkes zu steuern. Die Voraussetzung dafür ist die Währungsreform, die ja jetzt im Gange ist und zu einer gewissen Stabilisierung geführt hat. Gesunde Verhältnisse können erst eintreten, wenn die Einnahmen des Staates mit den Ausgaben in Einklang gebracht werden. Dazu muß die Steuerlast abgemildert werden. Ich habe manche Bedenken gegen die neuen Reichsteuern geäußert, aber man kann nicht sagen, daß bei der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft die Grenze des Erträgliches überschritten sei. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Landwirtschaft mit ihrer kleinen Papiermarkbeträgen ihre Existenz nicht aufrechterhalten konnte. In der Lebensmittelversorgung sind wir auf die verstärkte Einfuhr von Getreide angewiesen. Sie wird sich jetzt nach der Besserung unserer Währungsverhältnisse ändern. Geradezu verhängnisvoll ist die schlechte Nahrungsmittelversorgung des besetzten Gebietes. Hier kann erst Besserung erzielt werden, wenn endlich die Verkehrsverhältnisse gebessert werden. Die Landwirtschaft hat trotz der in der Lebensgefahrzeit knappen Nahrungsmittel immerhin soviel Nahrungsmittel geliefert, daß ein Mangel in der Versorgung der Bevölkerung nicht eingetreten ist. Wir müssen mit aller Entschiedenheit der im Ausland verbreiteten Behauptung widersprechen, daß die deutsche Landwirtschaft aus eigener Kraft die Bevölkerung ernähren könnte. Schon vor dem Kriege war das nicht der Fall und jetzt entstehen wir die besten Lebensmittellieferanten bei größerer Bevölkerungsdichte. Wir bedürfen eines großen Antriebs. Wir bedürfen auch der Unterstützung aus dem Ausland für unsere Jungen, vor allem für unsere hungernden Kinder. Wir appellieren an das schlaue unterrichtete und das besser zu unterrichtete Ausland. Wir wollen alle Hilfsmittel benutzen, um Debit und Kredit in Kultur und Wirtschaft zu vergrößern, um so auch unsere Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen. Der Minister gab dann eine zusammenfassende Übersicht über die letzte Ernte, aus der sich ein günstiges Bild gegenüber dem Vorjahre ergibt. Der Weizenstand habe noch immer nicht den Friedensstand erreicht, wenn auch hier gegenüber dem Vorjahre eine Besserung zu verzeichnen sei.

Nach der Rede Wendorfs stellte der demokratische Abgeordnete Bachhorst die Forderung, daß alles Gland durch die Währungsreform gelöst werden sei. Die Einführung des wertbeständigen Geldes hätte schon viel früher erfolgen müssen. Der Redner wandte sich gegen das Kartellwesen und behauptete, daß selbst schon das schwer belastete Handwerk unter der Preispolitik der Kartelle zu leiden habe. Hier müßten die Überprüfungen einwirken. Auf dem Gebiete der Erwerbslosigkeit sei der weitere Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge erforderlich. Vor allem sei es bei uns mit der Arbeitslosigkeit nicht zu veranlassen, daß weiterhin große Massen polnischer Arbeiter in Deutschland beschäftigt würden. Auf die Entfernung dieser Leute müsse hingewirkt werden. — Regierungskommissar Gezeinski weist darauf hin, daß Deutschland jetzt das teuerste Land der Welt sei. Diese Ursache liege in dem viel zu umfangreichen Zwischenhandel, der weit über die Vorkriegszeit angewachsen sei. Durch das Überbieten der Verkäufer sei auch die Landwirtschaft zu Überpreisen gekommen. Die Großhandelspreise müßten endlich durch behördlichen Druck auf das normale Maß herabgesetzt werden. — Abg. Frau Christmann (Soz.) bemerkt, daß in Bayern die wirtschaftlichen Verhältnisse fast noch schlimmer seien, als in Preußen. Die Hauptschuld an dem jetzigen Gland trage die unverantwortliche Politik des ehemaligen Reichskanzlers Cuno. — Abg. Dr. Zeidscheld (Zentr.) führt Beschwerde über die Art, wie die Bucherpolizei oft gegen Kleinhandler und Gewerbe vorgehe. Der Staat gehe leider nur gegen die Kleinen vor, nicht aber gegen die viel gefährlichere Preispolitik der großen Kartelle. — Abg. Meyer-Bielefeld (D.-Nat.) weist darauf hin, daß die Wege gegen die Landwirtschaft mit der Fälschung, die hohen Zwischenhandelspreise als Erzeugerpreise hin-

zustellen, arbeite. — Abg. Stolberg-Hannover (D. Bpt.) verlangt eine Senkung der Landwirtschaftspreise. Die Landwirtschaft sollte durch eine Verkaufsgenossenschaft preisreguliert werden. Den Auswüchsen in der Preispolitik der Kartelle und Syndikate müsse ein Ende gemacht werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 12. Dezember, angesetzt.

Das Eisenbahnabkommen mit der Regie.

(W) Die am 1. Dezember in Mainz unterzeichnete Niederschrift über die Verhandlungen zwischen der deutschen Reichseisenbahnverwaltung und der Regie hat die Genehmigung der Reichsregierung gefunden.

Wie aus Köln gemeldet wird, ist mit der gestern erfolgten Genehmigung des Mainzer Abkommens durch die Reichsregierung noch keineswegs die sofortige Wiederaufnahme des gesamten Eisenbahnverkehrs im besetzten Gebiet verbunden.

Die Niederschrift der zwischen der deutschen Reichseisenbahnverwaltung und der Regie getroffenen und am 10. Dezember in Kraft tretenden Vereinbarungen stellt zunächst eine Überprüfung der deutschen vorzulegenden Liste der Ausgewiesenen und zu Gefängnisstrafen Verurteilten durch die Regie in Aussicht und bemerkt weiter, beide Parteien werden sich bemühen, in den Gehältern und Abzügen Gleichstellung zu erreichen. Die dem Regiepersonal erteilten Anweisungen sind grundsätzlich doppeldeutig, so dann grenzt die Niederschrift die der Reichseisenbahnverwaltung und der Regie unterstehenden Strecken und Bahnhöfe voneinander ab, regelt den Wechselverkehr und Wagenanstellung. Die Regie hat die für ihre Bedürfnisse zugeordneten Personen- und Gepäckwagen auf eigene Rechnung, gemäß den deutschen Vorschriften, zu unterhalten. Hinsichtlich der Güterzüge wird es zunächst den örtlichen Nachbargesellschaften überlassen, sich über die Fahrpläne der Züge zu verständigen. Für die Personenzüge werden Sonderauskünfte unterzüglich der Fahrpläne erteilt. Die deutsche Reichseisenbahn wird die im besetzten Gebiet gelegenen Lokomotiv- und Wagenwerkstätten Dortmund und Limburg sowie die Weichenwerkstätte Limburg betreiben. Auf Verlangen der Regie wird ihr die Hälfte der Arbeiten der letztgenannten Werkstätte vorbehalten zu den Bedingungen, die im gegenseitigen Benehmen festgelegt werden. Die deutsche Verwaltung wird in Mainz einen Vertreter haben, der die Verbindung zwischen ihr und der Regie sicherstellen wird. Weiter wird sie in Essen einen Vertreter haben, der die Verbindung zwischen ihr und der Regiedirektion in Essen für die Frage der Bestellung der Zugzeuge, sowie die Verbindung zwischen der Regiedirektion Essen und den örtlichen Nachbargesellschaften des besetzten Gebietes für alle Fragen sicherstellt, die sich auf die Ausführung des Dienstes beziehen. In einer Anlage erlaubt der Vertreter der deutschen Reichseisenbahnverwaltung dem Direktor der Regie, u. a. bei den zuständigen Stellen zu befragen, daß alle von den Befehlshabern erteilten Sanktionen zurückgezogen werden, daß eine möglichst große Zahl von Eisenbahnern sofort in Freiheit gesetzt wird und daß allen ausgewiesenen Eisenbahnern der besetzten Gebiete erlaubt wird, zu ihren Familien und in ihre Heimat zurückzukehren, unabhängig davon, ob ihre Wiedereinstellung in den Dienst der Regie in Aussicht genommen ist oder nicht. Weiter wurde deutscherseits beantragt, daß es gestattet sein solle, die Gehälter und Löhne für die von der Regie nicht aufgenommenen Bediensteten ungehindert zu bezahlen, daß alle Beschlagnahmen des Privateigentums, der Spar- und Darlehenskassen usw. ebenso der Wohnungen aufgehoben werden sollen. Die Regie soll vorzugsweise die früheren Eisenbahner ohne Unterschied ihrer politischen Gesinnung wieder einstellen. Außerdem ist die Rückgabe der Häfen, dazu gehörigen Gleisanlagen in Karlsruhe und Mannheim an die deutsche Verwaltung notwendig. — Der Direktor der Regie erklärte, daß er diese Anträge den zuständigen Stellen mit dem Ersuchen übermitteln werde, sie wohlwollend zu prüfen.

Schleunige Steuererhebung.

Nachdem das Ermächtigungsgesetz am Donnerstag nicht verabschiedet war, muß die Reichsregierung zum Erlaß einer Verordnung zur Erhebung von Steuern im Dezember auf dem Wege des Artikels 48 greifen. Wegen der vorgeschrittenen Spätsaison der Rentenmarktkredite müssen noch unbedingt im Laufe des Dezember größere Einnahmen aus den

Steuern dem Reiche zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsregierung erwartet, daß jedermann den Ernst der Lage erkenne und seinen steuerlichen Verpflichtungen nachkomme. Die Senkung der Preise kann nur von Dauer sein, wenn das Reich schnellstens Mittel erhält. Es ist deshalb durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 7. Dez. 1923 bestimmt worden, daß der dritte Teil des Betrages der Rhein- und Ruhrabgabe, der an sich erst am 5. Jan. 1924 fällig gewesen wäre, bereits am 16. Dez. 1923 zu entrichten ist. Die Verordnung legt dann die Sätze fest, welche zur Erhebung kommen. Die Umsatsteuer wird durch die gleiche Verordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. Nov. 1923 ab auf Goldmark umgestellt. Für November wird demgemäß noch Umsatsteuer nachzuschauen sein. Weitere Maßnahmen über die Regelung der Einkommensteuer für 1923 und 1924, der Vermögenssteuer und der Anlage zum 31. Dez. 1923, der Erbschaftsteuer, der Umsatsteuer und anderer Steuern und Abgaben sollen, sofern das Ermächtigungsgesetz erlassen ist, im Wege dieses Gesetzes durchgeführt werden.

Die Goldgehälter der Beamten.

Durch das Volksbüro wird bekanntgegeben: Wie die Blätter mitteilen, haben die Verhandlungen der Regierung mit den Organisationen der Staatsbediensteten über die künftigen Grundgehälter zu einer Einigung geführt. Die Regierung ist um 30 Mark für das Jahr über ihr ursprüngliches Angebot hinausgegangen. Die Organisationen erklären sich in Vertretung der Ausführungen der Regierungsvertreter mit dem Resultat, das den Beamten etwa 50% des Friedensnormal-Einkommens bringt, einverstanden. Die Staatsbediensteten erhalten am 10. Dezember zum letzten Male eine Auszahlung auf Grund des bisherigen Mehrgelbesystems, und zwar als Restzahlung für die erste Hälfte des laufenden Monats, das 25-malige ihrer bisherigen Grundgehälter mit Ortszulagen und anderen Zuschlägen. Am 17. Dezember wird unter Anrechnung der am 30. Nov. und 10. Dez. erfolgten Zahlung der Rest des neuen Goldgehaltes für Dezember ausbezahlt. Die neuen Gehälter betragen sich in folgenden Tabellen:

A. Aufsteigende Gehälter:	
Gruppe 1 (Schaffmeister) Anfangsgehalt 606 Mk., Endgehalt 810 Mk.,	
Gruppe 2 (Postboten) 666 bezw. 888 Mk.,	
Gruppe 3 (Zugführer) 978 bezw. 1302 Mk.,	
Gruppe 4 (Sekretäre) 1152 bezw. 1536 Mk.,	
Gruppe 10 (Weg.-Räte) 2250 bezw. 3000 Mk.,	
Gruppe 13 (Ministerialräte) 3750 Mk. bezw. 4950 Mk.	
B. Einzelgehälter:	
Gruppe 1 (Rechtsgerichtsräte) 5380 Mk.,	
Gruppe 3 (Ministerialdirektoren) 6690 Mk.,	
Gruppe 5 (Staatssekretäre) 9000 Mk.,	
Gruppe 6 (Sekretäre) 13500 Mk.,	
Gruppe 7 (Reichsanwälte) 15000 Mk.	

Dazu kommt der Ortszuschlag (er beträgt in den Ortsgruppen bei einem Einkommen bis 726 Mk. 120 Mk., bis 834 Mk. 150 Mk. usw.) und der Frauenzuschlag (von 84 Mk.), sowie die Kinderzuschläge, abgezinst nach dem Alter des Kindes (von 132 bezw. 150 bezw. 186 Mk.).

Zuständigkeit der Amtsgerichte — Verminderung der Abgeordneten.

(W) Der Rechtsauspruch des Reichstages setzte bei der Frage der Entlastung der Richter die Zuständigkeit der Amtsgerichte auf 500 Goldmark und die Revisionssumme auf 1800 Goldmark fest. Bei der anschließenden Beratung des Reichswahlgesetzes schlug der Reichspräsident Loche vor, die Zahl der Abgeordneten des Reichstages auf die Hälfte zu vermindern. Im Laufe der Erörterung ergab sich, daß fast alle Parteien grundsätzlich mit einer Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten einverstanden sind. Ministerialdirektor Bredt warf den Gedanken in die Debatte, daß künftig auf je 80 000 Wähler statt bisher 60 000 ein Abgeordneter entfallen solle. Die Aussprache wurde ohne eine formelle Aufforderung an die Regierung geschlossen, jedoch kam von verschiedenen Seiten die Erwartung zum Ausdruck, daß die Frage der Verminderung der Zahl der Abgeordneten weiterverfolgt werde.

Neue Niederlage und Rücktritt des thüringischen Ministeriums.

(W) Als erster Gegenstand der Tagesordnung der heutigen Landtagsitzung stand wiederum die Ergänzungswahl der Regierung zur Beratung. Präsident Seiber teilte hierzu mit, daß die Wahl in der gleichen Form, wie bei der letzten Wahl, nämlich durch Stimmzettel zu erfolgen habe, und daß zwei Wahlvorschläge ein-

gegangen seien, ein solcher der V. S. D. D. der die gleichen Namen wie bei dem ersten Wahlsatz enthielt und ein zweiter von den Kommunisten. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der 1. Liste mit 31 gegen 22 Stimmen. Hierauf erklärte Staatsminister Fröhlich: Nachdem zweimal der Versuch gemacht wurde, das Ministerium ordnungsmäßig zu ergänzen, ist die heutige Wahl wiederum zu keinem Ergebnis gekommen, und ich habe im Namen des Staatsministeriums zu erklären, daß das Ministerium zurücktritt. Das Ministerium wird bis zur Bildung eines neuen Ministeriums sein Amt weiter führen. Das Haus nahm die Erklärung mit Stillschweigen entgegen.

Der Wahlausfall in England.

(W) Gewählt sind bisher 233 Konserver-tive 142 Liberale, 133 Mitglieder der Arbeiterpartei. Der Zuwachs der Liberalen beträgt 47 Abgg., der Zuwachs der Arbeiterpartei 45, während die Konserverativen bisher 90 Sitze einbüßten.

Als die Wahlergebnisse gestern gemeldet wurden, zeigte sich bald, daß die Stellung der Regierung schwierig wurde. Die Lage folgte auf Niederlage. Zuerst wurden hauptsächlich Erfolge der Arbeiterpartei verzeichnet, darauf wurden zahlreiche Gewinne der Liberalen von Bezirken gemeldet, die vorher in konserverativem festem Besitz waren, und gegenüber dieser langen Reihe konserverativer Niederlagen kamen die wenig mehr als ein Dutzend betragenden Erfolge kaum in Betracht. Die Regierung hat in der Streikfrage: „Freihandel gegen Schutzoll“, augenscheinlich eine vollständige Niederlage erlitten. Die Ergebnisse zeigten, daß während viele Konserverative, besonders in Nordengland sich der Stimme enthalten haben, die Liberalen und die Anhänger der Arbeiterpartei in wachsender Zahl für die Aufrechterhaltung des Freihandels gestimmt. Die Konserverativen verloren alle Sitze in den Bezirken, in denen die Arbeiterpartei die meisten Erfolge davontragen hat. In den ländlichen Bezirken, in denen sich die Konserverativen am stärksten hielten, haben die Liberalen viele überraschende Erfolge erzielt. Die Arbeiterpartei hat nicht nur viele Sitze neu gewonnen, sondern auch in außerordentlicher Weise ihre bisherigen Sitze vergrößert.

Die Eisenbahnkatastrophe von Krefeld-Ursen vor Gericht.

(W) Vor der in Krefeld eingetroffenen 2. Strafkammer des Landgerichts Braunsfeld fand die Hauptverhandlung gegen den Krefelder Lokomotivführer Albrecht statt, der wegen fahrlässiger Zerstörung angeklagt ist, weil er unter Verletzung des auf Halt stehenden Befehls vor dem Bahnhof Krefeld am 30. Juli mit unbemerkter Gefährdung in den Bahnhof einfuhr, so daß der Zug 88 auf den außer Acht gelassenen Vorzug 288 mit großer Geschwindigkeit auffuhr. Die letzten vier Wagen des Vorzuges wurden dabei völlig zerstört. 44 Fahrgäste wurden getötet und 50 schwer verletzt, von denen noch mehrere starben. Der Angeklagte erklärte, als sein Zug sich dem Bahnhof Krefeld näherte, habe er das Signal nicht zu sehen gesehen, da es schon dümmerte und ihm Augenstand ins Auge geflogen sei. Er sei mit etwa 30 km. Geschwindigkeit auf den Vorzug aufgefahren. Die Bremse habe er bemüht, als die Lokomotive sich etwa 400 Meter vor dem im Hauptbahnhof Krefeld stehenden Vorzug befand. Als er auffuhr, sei er von der Maschine abgesprungen. Mehr wisse er nicht. Die Zeugenaussagen ergaben, daß die Geschwindigkeit des Vorzuges 288 auf 100 km. pro Stunde begrenzt war. Der Staatsanwalt beantragte wegen Fahrlässigkeit 2 Jahre Gefängnis, während der Verteidiger Freisprechung beantragte. Das Gericht verurteilte Albrecht zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Fahrlässigkeit wurde vom Gericht nur darin erblickt, daß der Angeklagte, um die Verpätung einzuhaken, vor Krefeld noch mit einer solchen Geschwindigkeit fuhr, wie er es bei der Durchfahrt des Bahnhofes nicht hätte tun dürfen.

Kleine Nachrichten.

Der Krefelder Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern mit der Geschäftsverteilung. Wenn das Ermächtigungsgesetz angenommen wird, wird sich der Reichstag bis Mitte Januar vertagen.

Auf den Berliner Lebensmittelmärkten ist gestern im allgemeinen ein Stillstand in der Preisentwicklung eingetreten. Eine leichte Verbilligung machte sich auf dem Fettmarkt geltend.

Die Kölnische Zeitung wird vom 7. Dezember ab wieder erscheinen.

Weitere Nachrichten.

Eisenbahnunglück. In der holländischen Schweiz in der Nähe des Kurortes Hallenau sprang bei einer scharfen Kurve ein Wagen mit Schienen beladenen Arbeitszeugen ein. Der Fahrer wurde schwer verletzt, der Wagen wurde schwer und leicht verletzt.

Schweres Grubenunglück. Wie der Ober-schlesische Kurier aus Rybnitz meldet, stürzte auf der Zeche „Friedrichshall Blücher“ beim Schachtaufbruch durch den Lauf des Hangenden große Steinmassen herunter, durch die die Schiebbühne fortgerissen und die Sicherheitsbühne durchschlagen wurden. Die gesamte Belegschaft des Schachtes 2 ist verunglückt. Bisher wurden 2 Tote und 3 Schwerverletzte geborgen.

Kleine Nachrichten.

Die Verordnung über die Umgestaltung des Postverkehrs in Rentenmark ist dem Reichstag zugegangen. Die Stammeinlage wird auf 5 Rentenmark festgesetzt. Überweisungen und Schecks müssen auf Rentenmark lauten. Die Gebühren betragen für Bareinzahlungen von 25 Rentenmark 10 Pf., die Höchstgebühr beträgt bei mehr als 1000 Rentenmark 2 Rentenmark.

Nach neueren Mitteilungen ist das Unglück in dem Bergwerk bei Chessfield nicht ganz so groß, wie nach den ersten Mitteilungen angenommen wurde. Die Zahl der Toten beträgt 5, verletzt wurden 48 Bergleute, davon 15 schwer.

Die in der Presse verbreitete Meldung, daß die Handelskammer in Frankfurt a. M. eine Einbeziehung Frankfurts in das Reichsministerium wünsche, ist erfunden. Die Frankfurter Handelskammer lehnt die Einbeziehung vielmehr ab.

Das Oberste Gericht in Budapest hat das wegen Ermordung des Grafen Tisza ergangene Urteil, wonach der Angeklagte Marcell Gáttner eine 14-jährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, bestätigt. Das Urteil ist dadurch rechtskräftig geworden.

Senator Lehrodt hat im amerikanischen Senat eine Gesetzesvorlage eingebracht, die 20 Millionen Dollars für das Hilfswerk in Deutschland bewilligt. Die Verwendung der Summe soll unter Leitung des Präsidenten Coolidge erfolgen.

Gestern beschäftigte sich das Reichskabinett mit der rheinischen Frage. Darauf fand eine Besprechung mit den Vertretern der rheinischen Städte statt, bei der es sich um Notgeld und die rhein-

ische Notensatz handelte. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt.

Die Preisrückgänge auf dem Lebensmittelmarkt traten in Frankfurt a. M. gestern verstärkt in Erscheinung. Namentlich Getreide, Fett und Butter waren billiger. Auch die Preise für Textil- und Schuhwaren waren herabgesetzt. Die Noterwerbe werden ab 12. 12. wenn auch in beschränktem Maße wieder in Betrieb gesetzt werden.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 8. Dez. (Versammlung der Knappen.) Am Sonntag, den 2. Dezember, hielt der Knappenverein „Gute Hoffnung“ seine letzte diesjährige außerordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe wurde geleitet vom 1. Vorsitzenden Julius Platte. Zu Punkt 1 der Tagesordnung stand Wahl des Vorstandes. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. Als Kassenrevisor wurden gewählt die Kameraden Heinrich Quellenberg und Karl Rielinger. Auch Fahnenführer und Fahnenoffiziere wurden einstimmig wiedergewählt. Alsdann schritt man zur Festsetzung der Beiträge. Es sollen von nun an 0,50 Goldmark als Beitrag erhoben werden. Dementsprechend wird auch das Krankengeld erhöht, und zwar vom 1. Dezember an. Um den Mitgliedern die Zahlung der Beiträge einfacher zu machen, wurden vier Zahlstellen errichtet, und zwar beim Kameraden Gust. Schön (Eiden-Siedlung), Aug. Döring (Ditten, Rottumerstr.), Wilh. Seepe (Stadtbezirk Nordenmauer) und Karl Lulsi für den westlichen Stadtteil. Für die Mitglieder mit ihren Familien soll auch in diesem Jahre wieder eine Silvesterfeier veranstaltet werden. Die Vorbereitung hierzu wurde dem Vorstand überlassen. Als Vereinswirt wurde Herr Ludwig Rümpfer einstimmig wiedergewählt. Hieraus wurde die anregend verlaufene Versammlung mit einem fröhlichen „Glückauf“ auf das weitere Wachen, Blühen und Gedeihen des Vereins geschlossen.

Sport.

Kamen, 8. Dez. (Ballspielverein.) Am heutigen Abend hält der Ballspielverein e. V. seine außerordentliche Generalversammlung ab. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, unter denen auch die Ergänzungsbew. Neuwahl des Vorstandes ist, so ist das Erscheinen zu dieser Versammlung Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Kamen, 7. Dez. (Die Tagung des Deutschen Fußballbundes in Würzburg.) Der Bundestag des Deutschen Fußballbundes wurde in Anwesenheit der Vertreter sämtlicher Landesverbände in Würzburg

abgehalten. Festgestellt wurde unter anderem, was von besonderer Wichtigkeit ist, der gastfreundliche Empfang der Deutschen im Ausland und die Zufriedenheit der ausländischen Gäste mit der Aufnahme in Deutschland. Die Wahlen erfolgten durchweg einstimmig. Nur im Spielausschuß unterlag in der Zettelwahl Dr. Glaser-Freiburg gegen Dr. Salmann-Hamburg. Alle Gewählten nahmen an. 1. Vorsitzender: Hinge-Duisburg, 2. Vor.: Binnemann-Berlin, 3. geschäftsführender Vor.: Blaschke-Kiel; Jugendauschuß: Vor.: Dr. Wagner, Weisiger; Müller-Süddeutschland, Dr. Klein-Weißdeutschland, Pfarrer Vinz-Mitteldeutschland, Hoffschneider-Berlin, Dr. Meyer-Bremen, Bangner-Süddeutschland, Raab-Eltin; Bundesgericht: Vor.: Dr. Wagner, Weisiger; Müller und Stenzel-Berlin; Spielausschuß: Kehl-München, Kabe und Dr. Salmann-Hamburg. Vertreter der Landesverbände im Bundesvorstand: Süddeutschland: Dr. Schröder bezw. Kartim; Mitteldeutschland: Gaebele bezw. Krefschmar; Westdeutschland: Dr. Jerich bezw. Schröder; Norddeutschland: Hoff bezw. Schmidt; Berlin: Dr. Martin bezw. Heinrich. Der nächste Bundestag wird in Gildesheim abgehalten.

Dortmunder Stadttheater.

Spielplan

für das Große Haus von Sonntag, den 9., bis Sonntag, den 16. Dezember.

Samstag, 8. Dez. 3-5 1/2 Uhr. Geschl. Vorstellung. 5. Weihnachts-Kindervorstellung. „Peterchens Mondfahrt“. 7-10 1/2 Uhr. Preise 1. „Die Jüdin“. — Montag, 10. Dez. 7 bis 10 Uhr. Geschl. Vorstellung. „Die Jüdin von Toledo“. — Dienstag, 11. Dez. 7 bis 9 1/2 Uhr. D. 14. Preise 2. „Mona Lisa“. — Mittwoch, 12. Dez. 3-5 1/2 Uhr. Außer Bormiete. Preise 3. 6. Weihnachts-Kindervorstellung. „Peterchens Mondfahrt“. 7-10 Uhr. C. 14. Preise 3. „Danna Pleß“. Drama in 5 Aufzügen von Karl Friedberg. — Donnerstag, 13. Dez. 7 1/2-10 Uhr. Geschl. Vorstellung. „Das Extemporale“. — Freitag, 14. Dez. 7-9 1/2 Uhr. D. 14. Preise 2. „Die tote Stadt“. — Samstag, 15. Dez. 3-5 1/2 Uhr. Geschl. Vorstellung. 7. Weihnachts-Kindervorstellung. „Peterchens Mondfahrt“. 7-10 1/2 Uhr. Preise 3. „Fantasema“. — Sonntag, 16. Dez. 11-1 1/2 Uhr. Geschl. Vorstellung. „Der fähne Schwimmer“. 3-5 1/2 Uhr. Geschl. Vorstellung. 8. Weihnachts-Kindervorstellung. „Peterchens Mondfahrt“. 7-10 Uhr. Preise 1. „Carmen“. — Der Vorverkauf beginnt am Sonntag für die Vorstellungen von Montag bis Mittwoch,

ab Mittwoch für die Vorstellungen von Donnerstag bis Sonntag.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Pauluskirche. 9 Uhr: Pastor Ewald. 10 Uhr: Pastor Gieseking. 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst. 3 Uhr: Kirchentafel, Pastor Ewald. — Kapelle in Berge. 9 1/2 Uhr: Pastor Phillips. — Krankenhaus. 9 1/2 Uhr: Pastor Kochs. — Lutheraal 3 Uhr: Taubstummengottesdienst mit Abendmahlsfeier. Mittwoch 8 Uhr: Bibelabend, Pastor Phillips.

Getreidebörse.

Dortmund, 8. Dez. An der Produktenbörse am Donnerstag wurden folgende Preise festgestellt: Zul. Weizen 9 1/2-10 Billionen, inf. Roggen 8 1/2-9 1/2 Billionen, inf. Hafer 7 1/2 bis 9 1/2 Billionen, inf. Gerste 9 1/2-10 1/2 Billionen, Misch-Mais 11-12 1/2 Billionen, runder Mais 12-12 1/2 Billionen, Badermehl 35-38 Billionen, Weizenmehl 30-32 Billionen, Roggenmehl 30-32 Billionen, Weizenkleie 3 1/2 bis 4 Billionen, Roggen- und Weizenstroh, gebündelt, 2-2,50 Goldmark, Weizenheu, gut, gesund, trocken 5-5,50 Goldmark, Kleeheu, gut, gesund, trocken 7 Goldmark, Luzerneheu 8 Goldmark. Die Preise verstehen sich per Zentner, bei Mehl per Doppelzentner frei Waggon Ostwestfälischer Station. Tendenz: An der Produktenbörse setzten sich die Preisrückgänge für fast alle Artikel in nicht unerheblichem Maße fort. Die Knappheit, sowie das Fallen der Devisen veranlaßte die Händler zu Verkäufen.

Wirtschafts-Zahlen.

1 Goldmark	1 000 000 000 000
1 Goldpfennig	10 000 000 000
Silber-Ankaufspreis	400 000 000 000
Dollar-Mittelkurs	4 210 000 000 000
Reichsteuer-Umrechnungssatz	1 Goldmark 1 000 000 000 000
Steuerabzug-Multiplikator (9.-15. 12.)	850 000
Sachbezugs-Multiplikator	1 000 000
Reichsbankdiskont	90%
Großhandelsziffer (4. 12.)	1 337 400 000 000
Lebenshaltungsziffer (3. 12.)	1 515 000 000 000
Buchhändler-Schlüsselzahl	1 100 000 000 000

Die Bezugspreise für den Zeitraum vom 10.-15. Dezember unverändert.

Sonntag sind die Geschäfte bis abends geöffnet.

Ein Posten Unterrockbiber

Meter 800 Milliarden

offert

Josef Brockmann,
Kamen Oststrasse 27-28,
Telephon Nr. 149.
Warendorf Totenstrasse 4,
Telephon Nr. 270

Sonntag ist mein Geschäft geöffnet.

3228

Ein gutes Buch ist das schönste Weihnachts Geschenk!

Unser Lager in

Bilderbüchern • Jugendschriften

und

Werken der modernen Literatur

ist neu ergänzt und empfehlen wir, den Bedarf rechtzeitig zu decken.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Für den Weihnachtstisch

Wir empfehlen in unseren

30 Spezial-Abteilungen
vorteilhafte und praktische Weihnachtsgeschenke.

Gleichzeitig weisen wir auf unsere umfangreiche

Abteilung Leinen- und Baumwollwaren

hin, wo wir durch günstige Konzerneinkäufe in der Lage sind, Qualitäts-
:: waren zu wirklich billigen Preisen in den Verkauf zu bringen. ::

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.

Wallach & Co., Kom. Ges. Kamen

Unser Geschäft bleibt an den 3 kommenden Sonntagen vor Weihnachten
von **2** bis **6** Uhr geöffnet.

la.
Betten

liefert

Josef Brockmann,
Kamen Warendorf

Oststr. 27-28, Tel. 149.

Totenstrasse 4, Tel. 270.

**Für Wirte u.
Kleinhändler.**

Die Firma Kister, Bippstadt,
hält ständig Kommissionslager
bei ihrem Vertreter

Hermann Timmering
Kamen, Telefon 266
und empfiehlt ihre erstklassigen
**Brannweine und
Edelliköre.**

Spezialität: Auf's Blatt,
Jamaika-Rum, Steinhäger
Weinbrand, Lufthaus,
Goldwasser, Booncamp
u. f. w. 3234

Schweine

zu haben bei 3233
Conrad von der Heide,
Schlachthofstraße 44.

**Gut erhaltene Suppe
nebst Buppenwagen**
zu verkaufen. 3232
Bergkamen, Molltesstraße 28.

Wasserpumpe
zu kaufen gesucht. 3230
Aug. Sudhaus, Weststr. 64.

Jeder Radfahrer
benutzt die
**Continental-
Straßenkarte**

Vorrätig in der
**Buchhandlung der
Kamener Zeitung,**
Weststraße 10.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von 2920
Pastor Helles Heilweise
Anna, Bahnhofsstr. 49
Sprechstunden: Dienstag und
Freitag von 9 bis 6 Uhr.

Jüng. Verkäuferin
sofort gesucht. 3237
Kaufhaus Lorig, Kamen.

Weißnäherinnen
außer dem Hause sofort gesucht.
Kaufhaus Lorig, Kamen.

Liebevolle, ordentliche
Pflege stelle
für 4 Monate alles gesun-
des Mädchen gegen ange-
messenes Pflegegeld bei pünk-
tlicher Bezahlung alsbald ge-
sucht. Umgehend von Kamen
bevorzugt. 3231
Angebote unter S. 9 an die
Geschäftsstelle d. Kamener Ztg.

Die Person, die am Don-
nerstagabend den Pelz-
mantel aus dem Auto vor
der Wirtschaft Nieder ge-
stoßen hat, ist von 3 Per-
sonen erkannt worden. Wenn
der Mantel bis Sonntag
abend nicht in der Wirtschaft
Nieder abgegeben ist, wird
Anzeige erstattet. 3235

Bestellungen

auf die „Kamener Zeitung“ werden
jederzeit von den Boten und in der Ge-
schäftsstelle d. Zeitung entgegengenommen.

Jeder Abonnent hat entsprechend den auf-
liegenden Bedingungen Anspruch auf die kostenlose
Unfall-Unterstützung.

